

Vorwort des Herausgebers

Gegenstand der Arbeit ist ein für Wirtschaft und Gesellschaft sowie das Verhältnis von Recht und Technik sehr aktuelles und bedeutsames Thema, nämlich die verfassungsrechtliche Bewertung der Vorratsspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten und die Möglichkeiten ihrer verfassungskonformen Gestaltung. Dieses Thema bietet eine doppelte, gleichermaßen dogmatisch wie methodisch hochrelevante Herausforderung für eine interdisziplinär orientierte Rechtswissenschaft: Zum einen sind die verfassungsrechtlichen Vorgaben für eine die gesamte Gesellschaft umfassende und politisch höchst umstrittene Überwachungsmaßnahme im Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben zu klären. Zum anderen müssen methodisch Wege gefunden werden, wie unter widersprüchlichen rechtlichen Vorgaben Gestaltungsvorschläge entwickelt werden können, die einen optimierten Interessenausgleich bewirken können.

Die Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten wird von vielen als das entscheidende Instrument angesehen, um die Bedrohung durch Terrorismus und sonstige Verbrechen im digitalen Zeitalter abzuwehren. Ihre Einführung wurde 2006 durch eine Richtlinie allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union vorgegeben. Da sie ausnahmslos und anlasslos zur Speicherung aller Telekommunikationsverkehrsdaten aller Personen in der Europäischen Union führt, um ihr Telekommunikationsverhalten für Überwachungszwecke nachvollziehen zu können, greift diese Maßnahme tief in Freiheitsrechte ein und hat erbitterten politischen Widerstand hervorgerufen: Durch sie werde Freiheit der Sicherheit geopfert und der entscheidende Schritt in einen „Überwachungsstaat“ getan.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Umsetzung in Deutschland, die weit über die Vorgaben der Richtlinie hinausging, in seinem Urteil vom 2. März 2010 für verfassungswidrig erklärt. Allerdings stellte es fest, dass die Vorratsdatenspeicherung „nicht schlechthin verfassungswidrig“ ist, sondern nur die besondere Form der Umsetzung in Deutschland, die auf die Freiheitsrechte der Betroffenen zu wenig Rücksicht genommen hat. Hinsichtlich der Befürchtung, dass die Vorratsdatenspeicherung der entscheidende Schritt in den Überwachungsstaat darstelle, hat es die Feststellung getroffen, dass es verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen sei, das Verhalten der Bürger total zu erfassen und zu registrieren, und daher eine „umfassende gesellschaftliche Überwachung“ unzulässig sei.

Auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist weiterhin die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherungs-Richtlinie gefordert. Die Richtlinie befindet sich aber selbst auch in Überarbeitung. Daher stellen sich sowohl für die Richtlinie als auch für ihre Umsetzung in Deutschland zwei Fragen, die in der vorliegenden Arbeit verfolgt werden: Wie kann erstens ein optimierter Interessenausgleich zwischen den Freiheits- und den Sicherheitsinteressen erreicht werden, der die Rahmensetzungen des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigt? Kann zweitens durch die Grenzziehung des Bundesverfassungsgerichts gegenüber anlassloser Überwachung der Schritt in einen Überwachungsstaat verhindert werden?

Mit der vorgelegten Arbeit füllt Frau Moser-Knierim zwei wesentliche Lücken im Recht des elektronischen Rechtsverkehrs. Indem sie Möglichkeiten untersucht, wie auf der Grundlage der Entscheidung der Bundesverfassungsgerichts die Ziele der Sicherheitsgewährleistung und des Grundrechtsschutzes hinsichtlich der einzelnen Merkmale der Vorratsdatenspeicherung besser aufeinander abgestimmt werden können, trägt sie zu einem besseren Verständnis der Anforderungen der Sicherheitsgewährleistung und des Grundrechtsschutzes bei, entwickelt hilfreiche Vorschläge zur Gestaltung der Vorratsdatenspeicherung und bietet vor allem wertvolle Hinweise für die Rechtspolitik auf europäischer und deutscher Ebene. Indem sie untersucht, welche Grenzen das Verfassungsrecht einer weiteren Entwicklung zu einem „Überwachungsstaat“ entgegensetzt und setzen kann, trägt sie zu einem besseren Verständnis schwieriger grundlegender verfassungsrechtlicher Fragen bei und bietet wichtige rationale Argumente in einer zentralen gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Zukunft der Gesellschaft.

Die Arbeit entstand zu großen Teilen im Rahmen der Mitarbeit von Frau Moser-Knierim im Forschungsprojekt „Interessenausgleich im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung“ (INVODAS), das von 2010 bis 2011 von der Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung (provet) der Universität Kassel zusammen mit dem Institut für Europäisches Medienrecht (EMR) in Saarbrücken durchgeführt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wurde. In diesem konnte Frau Moser-Knierim eigenverantwortlich die verfassungsrechtlichen Fragen der Vorratsdatenspeicherung und der Optimierung des Interessenausgleichs untersuchen.

Mit diesem Buch ergänzt Frau Moser-Knierim die bisher bereits umfangreiche rechtswissenschaftliche Literatur zur Vorratsdatenspeicherung um zwei wesentliche Aspekte. Zum einen ergänzt sie die rechtswissenschaftliche Bewertungsperspektive um eine rechtswissenschaftliche Gestaltungsperspektive und gewinnt aus dieser innovative Gestaltungsvorschläge für die Optimierung des Interessenausgleichs bei der Vorratsdatenspeicherung. Zum anderen erweitert sie die Perspektive von der Vorratsdatenspeicherung als einem Instrument der Überwachung und Ermittlung zur Vorratsdatenspeicherung als einem Schritt in einer fortschreitenden Entwicklung zu immer tiefgreifenderen und umfassenderen präventiven Sicherheitsmaßnahmen. Ihre Suche nach normativen Grenzen dieser Entwicklung führt sie zu wertvollen Erkenntnis und wichtigen Ergebnissen, die für die politische Diskussion und die weitere rechtswissenschaftliche Forschung sehr hilfreich sind.

Für die weitere politische, forensische und rechtswissenschaftliche Diskussion zur Vorratsdatenspeicherung ist zu hoffen, dass die Entscheidungsträger in Politik, Justiz und Gesellschaft die Hinweise dieser Arbeit zur Kenntnis nehmen und bei ihren Entscheidungen zur Vorratsdatenspeicherung berücksichtigen.

Vorratsdatenspeicherung

Zwischen Überwachungsstaat und Terrorabwehr

Moser-Knierim, A.

2014, XXVII, 426 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-04155-7